

Klein, aber oho – das Fürstentum Liechtenstein

Geführt „fast wie ein Unternehmen“

Die Wirtschaftsleistung ist hoch, die Staatsquote niedrig. Liechtensteins Regierungschef Daniel Risch liefert Gründe.

Von Thomas Fricker

Viele kennen das Fürstentum Liechtenstein nur vom Vorbeifahren auf der Autobahn Richtung Süden. Doch der Kleinstaat hat viel zu bieten – und ist wirtschaftlich alles andere als ein Zwerg.

BZ: Herr Regierungschef Risch, das Fürstentum Liechtenstein erinnert von der Größe her an einen Landkreis, ist aber ein Staat. Was dominiert beim Regieren: das Kommunale oder das Staatliche?

Risch: Tatsächlich beides. Wir sind in unseren Gemeinden unterwegs, aber haben auch mit den angrenzenden Orten in der Schweiz und in Österreich zu tun. Wir treffen uns mit Regierungen, sind in Berlin, Wien, Brüssel und New York. Manchmal vergleiche ich unseren Staat mit einem Kolibri. Das ist zwar der kleinste Vogel, den es gibt, aber er hat alle Organe, die er braucht, um funktions- beziehungsweise flugfähig zu sein. Liechtenstein ist ein Staat im Kleinen, der alles leisten muss und leistet, was ein großer Staat leistet. Nehmen Sie nur mal die Aufgaben als Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum. Da müssen wir 12.000 EU-Rechtsakte umsetzen und anwenden. Das muss man erst mal hinbekommen.

BZ: Einerseits diese Aufgabenfülle, andererseits eine geringe Staatsquote. Wie passt das zusammen?

Risch: Wir haben bei 40.000 Einwohnern und tagsüber weiteren 20.000 Einpendlern etwa 1.000 Staatsangestellte, da ist die Polizei schon eingeschlossen. Dafür haben wir keine Armee und auch nicht viele verschiedene föderalen Ebenen wie etwa Deutschland, das ist ein Vorteil. Zugleich ist uns eine schlanke Staatsführung wirklich wichtig. Wir führen Liechtenstein fast wie ein Unternehmen. Auch das erklärt die Staatsquote von nur 23 Prozent.

BZ: Wir in Deutschland fragen uns oft: Wie um Himmels willen bleiben Staat und Verwaltung schlank?

Risch: Da gibt es zwei Antworten. Das eine sind die kurzen Wege bei uns. Wir haben oft einfach nicht x Abteilungen, die sich untereinander abstimmen müssen. Die wenigen Abteilungen bei uns arbeiten effizient. Und das andere ist: Bürokratie schafft Bürokratie. Wer Leute hat, die ständig neue Regulierungen erfinden, bekommt wegen dieser neuen Regulierungen immer wieder mehr Arbeit. Das zu durchbrechen, ist unglaublich schwierig. Deshalb versuchen wir, das gar nicht erst einreißen zu lassen. Was an Regularien aus Brüssel kommt, bereitet uns auch

manchmal Probleme oder zumindest Stirnrunzeln.

BZ: Aber ohne die Zusammenarbeit mit der EU würde es für Liechtenstein vermutlich auch schwierig, oder?

Risch: Ja, stimmt. Grundsätzlich sind wir stolze Europäer. Deshalb haben wir uns auch vor 30 Jahren entschieden, zwar nicht der EU beizutreten, aber doch dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zusammen mit Island und Norwegen und heute den 27 EU Staaten. Das ist für uns die beste und engste Integrationsform in Europa. Zugleich haben wir seit 100 Jahren den Zollvertrag mit der Schweiz. Also so ein bisschen...

BZ: ... die Vorteile aus beiden Welten?

Risch: Ja. Und andererseits auch die Pflichten aus beiden Welten. Man kann nicht das eine ohne das andere haben. Und dann ist man manchmal auch nur halbgücklich.

BZ: Wann zum Beispiel?

Risch: Nehmen Sie die Datenschutzgrundverordnung. Das Ziel der EU war gut, die Lösung ist es nach meiner Meinung nicht. Sie behindert die Wirtschaft und die Konsumenten nicht selten. Oder den Umgang mit Subventionen. Klar, wenn die USA mit dem Inflation Reduction Act kommen und China massiv investiert, kann ich nachvollziehen, dass man in Europa sagt, auch unsere Staaten sollten möglichst viel Geld in die Wirtschaft geben. Aber dieser Kurs widerspricht dem, an was wir glauben: dass nämlich der Staat wenig nehmen soll, also auch wenig Steuern, aber auch wenig geben soll. Der Staat soll nicht ständig eingreifen, die Wirtschaft soll sich entfalten können, ohne am Tropf des Staates zu hängen. Mit dieser Haltung sind wir zugegeben nicht in der Mehrheit.

BZ: Ein Blick auf Ihre Vita, Herr Risch verrät: Sie sind Betriebswirt, Wirtschaftswissenschaftler, Wirtschaftsinformatiker. In der deutschen Politik findet man diese Kombination eher selten.

Risch: Bei uns hat das hingegen Tradition. In Liechtenstein gibt es nicht Berufspolitiker, die mit 25 Jahren in die Politik einsteigen und dann dort Karriere machen, sondern viele Leute bei uns in der Verwaltung, aber auch in der Politik kommen aus der Privatwirtschaft. Dorthin gehen sie oft auch wieder zurück.

BZ: Nochmal zur Rolle des Staates: Ihr Staat nimmt wenig, aber gibt auch wenig. Dem kann man entgegenhalten, dass die Menschen in Liechtenstein halt auch wenig brauchen. Ihre Wirtschaftsdaten sind spitze, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, das Pro-Kopf-Einkommen hoch. Wie ist es zu diesem Wohlstand gekommen? Als Deutscher denkt man dabei an die Steueraffäre 2008. Damals ist aufgefliegen, dass viele Steuerhinterzieher Geld in Liechtenstein vor dem Fiskus versteckt hatten. Ist das immer noch ein Geschäftsmodell?



Erst Manager, nun Politiker: Dr. Daniel Risch

Risch: Es wäre auf jeden Fall eine einfache Erklärung. Aber: Es ist nicht wahr oder jedenfalls bei weitem nicht die ganze Wahrheit. Ich glaube, wenn man Liechtensteins Geschichte anschaut, dann sieht man – wie fast überall im alemannischen Raum – sehr viel Unternehmertum, sehr viele Familienbetriebe. Sie haben Liechtenstein zu dem gemacht, was wir heute sind: das mit 45 Prozent Bruttowertschöpfung aus der Industrie am höchsten industrialisierte Land der Welt. Mit Hilti, das viele für ein deutsches Unternehmen halten, mit Ivoclar Vivadent, Neutrik und vielen mehr. Zwar ist der größte Arbeitgeber inzwischen Thyssen-Krupp Presta, ein deutsches Unternehmen, aber auch dessen Ast wurde in Liechtenstein gegründet.

BZ: Und der Finanzplatz?

Risch: War und ist ebenfalls wichtig. Wenngleich wir nicht besonders stolz auf die Geschichte vor 2008 sind, muss man doch sagen: Damals waren diese Steuergeschäfte legal. Seitdem ist aber viel passiert. Es gab die Liechtenstein-Erklärung und dann die Steuerkonformitätsthemen, den automatischen Informationsaustausch. Da hat man alles einmal in die richtige Richtung gedreht. Bei den einschlägigen Prüfungen erhalten wir heute Bestnoten. Wir kooperieren mit den internationalen Gremien und natürlich auch mit Deutschland wie der ganzen Welt sehr gut. Und trotzdem präsentiert sich unser Finanzmarkt besser denn je.

BZ: Die größte Bank Liechtensteins gehört dem Fürstenhaus. Wie mächtig ist

eigentlich Fürst Hans-Adam II?

Risch: Nun, er kann mich zum Beispiel entlassen, aber das kann das Parlament auch. Gemäß unserer Verfassung haben wir zwei Souveräne, der Fürst und das Volk. Deren Zusammenspiel ergeben unsere „Checks and Balances“. Als Regierung haben wir die Scharnierfunktion. Die Regierung braucht also das Vertrauen des Parlamentes und des Fürsten. Aus meiner Sicht funktioniert das sehr gut. Vielleicht könnten Sie sich unseren Fürsten am ehesten vorstellen wie einen Bundespräsidenten in Deutschland, nur mit etwas mehr Rechten.

BZ: So attraktiv wie Liechtenstein ist, könnte ich mir vorstellen, dass sie auch für Zuwanderer attraktiv sind. Stellt sie das vor Probleme?

Risch: Das Thema haben wir im Blick, aber es wird nicht täglich diskutiert. Wir selbst sind ja schon Ausländer, wenn wir ins Auto steigen und fünf Minuten gefahren sind, das öffnet den Horizont. Tatsächlich liegt unser Ausländeranteil mit rund 35 Prozent sehr hoch, aber das funktioniert gut. Als wir vor 30 Jahren dem EWR beigetreten sind, haben wir eine Art Quotenregelung vereinbaren können. Pro Jahr kann eine gewisse Anzahl an Personen aus dem EWR zu uns kommen. Das gleiche gilt für die Schweiz. Mit dieser Quote haben wir heute eine Zuwanderung von rund 400, 450 Personen pro Jahr. Wir wachsen, aber eben reguliert. Und viele Leute, die in Liechtenstein arbeiten, siedeln sich entweder in Vorarlberg oder in der Schweiz an und pendeln. So profitiert die Schweiz und Vorarlberg,

weil Menschen in Liechtenstein arbeiten, aber Steuern in den benachbarten Ländern zahlen. Das tut der Region gut und mindert den Zuwanderungsdruck.

BZ: Und die gesellschaftliche Stimmung ist anders als zum Beispiel in Deutschland, wo gerade die AfD mit Fremdenfeindlichkeit punktet?

Risch: Nun, man könnte meinen, in Liechtenstein gebe es keine Probleme. So ist das nicht.

BZ: Womöglich gibt es Ängste, dass Probleme von außen ins Fürstentum dringen?

Risch: Ja, das ist so. Aktuell haben wir zwischen 600 und 700 Flüchtlinge aus der Ukraine. Auch das funktioniert gut, aber wir bekommen natürlich mit, was passiert auf der Welt. Im Moment haben wir den Vorsitz im Europarat inne. Deshalb ist Außenpolitik sehr präsent, und die Liechtensteiner informieren sich intensiv. Damit schwappen Sorgen und Nöte automatisch herein. Beispielsweise ist das Thema Inflation sehr intensiv diskutiert worden, obwohl diese in der Schweiz und in Liechtenstein gar nicht so hoch war. Insgesamt gesehen waren und sind wir politisch aber seit jeher stabil. Vielleicht auch, weil wir fast immer eine Große Koalition hatten.

BZ: Zwischen der Fortschrittlichen Bürgerpartei und der Vaterländischen Union, der Sie angehören?

Risch: Genau, mit den zwei Volksparteien, die sich inhaltlich nicht grundsätzlich unterscheiden. Gerade, wenn es um das Wirtschaftsliberale, das Bürgerliche, die soziale Marktwirtschaft geht, sind wir uns ähnlich. Daneben haben wir noch eine grüne Alternative, die Freie Liste und die Demokraten pro Liechtenstein. Die haben im Moment zwei Sitze von 25. Es können auch mal fünf sein. Aber deshalb steht unsere Stabilität nicht auf dem Spiel. Die Deutschen haben es da schwerer. Dass es nicht einfach ist, mit drei Parteien zu regieren, dafür habe ich großes Verständnis. Und ich verstehe auch, dass dies Auswirkungen hat auf die Politik in Europa und damit direkt auch für uns.

BZ: Mit Blick auf das Umfeld – den Ukraine-Krieg, die neue Spaltung von Europa, die Ungewissheit über die Zukunft der USA, das chinesische Regime: Wie abhängig ist Liechtenstein von all dem, wie bewegt man sich als kleiner Player, um nicht zwischen alle Stühle zu geraten?

Risch: Das ist eine sehr gute Frage. Also, wir sind zunächst und vor allem im deutschsprachigen Raum aktiv. Das sind unsere engsten Partner. In Europa haben wir mit Island und Norwegen starke Partner, die unterschiedlich, aber für uns wichtig sind in der Außenpolitik. Dann kommen der Europarat und die UNO, wo wir ein sehr aktives Mitglied sind. Einfach weil wir überzeugt sind, dass die regelbasierte Ordnung und nicht die Macht des Stärkeren am Schluss gewinnen muss.

BZ: Weil das für Sie Sicherheit bedeutet?

Risch: Genau. Die regelbasierte Ordnung, Menschenrechte und Demokratie. Das verbindet uns. Sehen Sie, die Ukraine etwa ist unglaublich viel größer als wir. Aber wenn man sieht, dass dort die regelbasierte Ordnung von Russland mit Füßen getreten wird und das Leid der Zivilisten mit Menschenrechten nichts mehr zu tun hat, dann ist für uns sonnenklar, auf welcher Seite wir stehen. Beim Mittragen der Sanktionen gegenüber Russland haben wir deshalb übrigens keine Sekunde gezögert.

► Daniel Risch (46) ist seit März 2021 Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein. Zuvor war er Stellv. Regierungschef und Regierungsrat mit Zuständigkeit für das Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport. Nach Studium und Promotion arbeitete er unter anderem in der Führung eines E-Business-Beratungsunternehmens.



Das Wahrzeichen Liechtensteins – die Fürstenburg.